

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 28. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 25. April 2007  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.05 Uhr

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Roman Meury  
Heinz Giger  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)  
Alexandra Gmür, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

#### Gäste:

Entschuldigt: Nicole Nüssli-Kaiser  
Catherine Hosang  
Robert Richner  
Claude Rothen abwesend ab 20.40 Uhr

Abwesend: Glatz Rolf  
Verena Meschberger abwesend ab 20.15 Uhr

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 21.03.2007 betreffend  
Nachrücken von Samuel Champion, SD-Fraktion, in den Einwohnerrat  
für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion,  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3720
2. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2007 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds des Musikschulrates Allschwil für die  
zurückgetretene Verena Meschberger Geschäft 3717

3. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend  
Totalrevision des Abwasserreglements, 1. Lesung Geschäft 3525/A
4. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend  
Totalrevision des Wasserreglements, 1. Lesung Geschäft 3526/A
5. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2007 betreffend  
Teilrevision des Jugendmusikschulreglements (Direktberatung)  
1. Lesung Geschäft 3687
6. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend  
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008) Geschäft 3711
7. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend  
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008) Geschäft 3712
8. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend  
Wahl eines Mitglieds der Verkehrs- und Planungskommission VPK anstelle des zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008) Geschäft 3713
9. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend  
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Umweltkommission für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008) Geschäft 3714
10. Postulat der FDP-Fraktion vom 17.01.2007  
betreffend „Trinkwasserversorgung“ Geschäft 3707
11. Postulat vom 14.02.2007 von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend  
Haltestelle/Endaufenthalt Buslinie 61 „Dorfplatz“ Geschäft 3710
12. Interpellation von Claude Rothen und Andreas Bammatter,  
beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend  
„Unterhalt und Pflege der Wegmatten“ Geschäft 3693

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

**Die Protokollführerin**

.....  
Alexandra Gmür

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 28 vom 25.04.2007**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Christoph Morat**, Präsident, begrüsst die Anwesenden und wünscht allen eine friedvolle Sitzung und teilt mit: Mit Schreiben vom 26. März 2006 hat der Einwohnerrat Hans-Peter Frey seinen Rücktritt angekündigt respektive kundgetan. Hans-Peter Frey, du warst 19 Jahre im Einwohnerrat tätig. 19 Jahre Einsatz, Engagement und kernige Worte, ungeschliffen, aber immer wahr und fair. Für das möchte dir das Büro den Dank im Namen des ganzen Einwohnerrates und aller Leute aussprechen. Als du vor 19 Jahren angefangen hast, ist das jüngste Mitglied des Einwohnerrates, Rolf Adam, gerade eingeschult worden. Einfach damit man sich die zeitlichen Dimensionen ungefähr vor Augen halten kann. Jetzt sitzt der junge Mann hier und politisiert mit dir zusammen. Ich glaube, das ist eine gute Leistung und du verdienst einen kleinen Applaus. Ein herzliches Dankeschön für deinen Einsatz. Wir wissen, dass du auch im Landrat weiterhin Einsatz für Allschwil leisten wirst.

## **Traktandenliste**

**Christoph Morat**, Präsident, kommt zur Traktandenliste und teilt mit, dass sie rechtzeitig zugestellt wurde. Er übergibt das Wort Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Heute Abend ist die Traktandenliste mit Spannung gespickt und gewürzt mit wichtigen Sachgeschäften. Ich vermute, dass die Wahlen in die Kommissionen, welche angesagt sind, nicht so still durchgeführt werden können, wie wir es in der Vergangenheit erlebt haben. Ich meine, es gibt keine stillen Wahlen. Ich möchte euch beliebt machen, die Traktandenliste zu ändern. Denn das Geschäft Abwasser und Wasser wurde in zwei Kommissionen mit grossartigem Tempo durchgezogen. Es ist heute sehr wichtig, die erste Lesung durchzuführen. Wir ziehen Geschäft 7, 8 und 9 nach vorne und machen die Wahlgeschäfte nach der Pause. Denn wenn wir schriftliche, d.h. Wahlen zum Auszählen haben, braucht das Zeit. Wir können dann während dem Auszählen die Geschäfte, Interpellationen und Postulate behandeln. So gäbe es keine Wartezeiten und keine Verzögerungen. Es wäre effizienter. Mein Antrag wäre, die Traktanden 7,8 und 9 vorzuziehen und die Wahlgeschäfte nach der Pause zu machen, alternierend mit den persönlichen Vorstössen. Wir verlieren weniger Zeit.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Ich habe etwas Mühe mit dem ganzen Spielchen, welches gespielt wird. Wir haben die Traktandenliste, welche grundsätzlich auch nach einem System abgehandelt werden sollte. Ich habe mich als erstes schon einmal gewundert, als ich in der Traktandenliste sah, dass es nach dem Anloben des Samuel Champion um einen Behördensitz geht und erst dann um die einwohnerrätlichen Kommissionen. Grundsätzlich sollten ja zuerst die Kommissionen beschlossen bzw. neu gewählt werden und erst dann Sachgeschäfte behandelt werden. Dies hat alles seinen Ablauf. Wir haben zuerst Motionen, dann Postulate und schliesslich Interpellationen etc. Halten wir doch einmal eine gewisse Ordnung ein. Ich weiss nicht, vor was ihr Angst habt. Wir sind dagegen.

://:

Mit **24:10 Stimmen** wird die Traktandenliste geändert. Nach dem Traktandum 2 werden die Traktanden 7, 8 und 9 folgen und schliesslich werden die Wahlgeschäfte durchgeführt.

## **Neue parlamentarische Vorstösse**

**Interpellation** betreffend „Allschwiler Wald“, **Mathilde Oppliger** und **Sarah Lorenz**, beide CVP-Fraktion, (Geschäft 3722).

Zur Interpellation:

Die Interpellantin **Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion führt aus: Wir haben festgestellt, dass im Allschwiler Wald einiges verändert wurde. Vor allem wurde das Unterholz sehr stark entfernt. Es wird dort gearbeitet und gewerkt. Uns hat auch die Mitteilung, dass viel Wild überfahren wurde, erschreckt. Aus diesem Grund haben wir die Interpellation eingereicht und wollen gerne Antworten auf diese Fragen haben.

**Postulat** „Fussweg v.d. Tramhaltestelle Gartenstrasse via Bachgraben/Robinsonspielplatz zum Hegenheimerweg“, **Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion, (Geschäft 3723).

Zum Postulat:

Die Postulantin **Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion berichtet: Ich war in der baubegleitenden Kommission des Begegnungszentrums, in der wir auch darüber gesprochen haben. Ferner habe ich mit den Leuten gesprochen, die am linksufrigen Bachgraben eine Firma besitzen. Diese haben mir bestätigt, dass die Leute viel lieber am Bach entlang gehen, als dass sie den Umweg über den Grabenring und nachher den Hegenheimerweg machen, weil dort fast immer stehende Kolonnen sind und sehr starker Autoverkehr herrscht. Deshalb gehen die Leute lieber am Bachgraben entlang und dann über den Robinsonspielplatz zum Hegenheimerweg. Dieser Weg ist aber nicht beleuchtet und nicht ganz befestigt. Teilweise ist er zwar befestigt, jedoch noch nicht am Robinsonspielplatz. Ich habe das Postulat mit der Bitte eingereicht, dass der Gemeinderat überprüft, ob man den Weg beleuchten und befestigen könnte, damit der Weg ganzjährig begangen werden kann. Natürlich können dann die Kinder, die zum Robinsonspielplatz oder zum Fussballplatz gehen, diesen Weg benutzen. Auch in den Wintermonaten wäre es nicht mehr gefährlich diesen Weg zu begehen.

**Motion** betreffend „Schriftliche Beantwortung von Interpellationen“ von **Josua M. Studer**, SVP-Fraktion, (Geschäft 3724).

**Anfrage** an das Büro des Einwohnerrates der Fraktionen SP/EVP, FDP, CVP betreffend Abklärung des Wohnsitzes von Samuel Champion, SD-Fraktion.

**Dringliche Interpellation** „Deponie Le Letten“ von **Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion und **Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion, (Geschäft 3721)

Zur Dringlichkeit der Interpellation:

Die Interpellantin, **Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion erläutert: Ich glaube die Dringlichkeit ist mehr denn je gegeben. Die Vorgehensweise der IG DRB mit der klammheimlichen Entsorgung der Deponie war sicher unprofessionell und hat in der Bevölkerung Ängste ausgelöst. Viele Leute sind mittlerweile unsicher und fragen sich, was eventuell noch für Substanzen im Boden vorhanden sein könnten. Ich denke, Wasser ist lebensnotwendig und darum ist es auch sehr wichtig, dass das Wasser sauber ist und dass die Bevölkerung informiert wird, welche Massnahmen getroffen werden und was sich dort befindet. Ich bitte Sie deshalb, dem zuzustimmen, denn es muss jetzt besprochen werden und nicht erst, wenn es zu spät ist.

://:

Die Dringlichkeit wird mit **31:6 Stimmen** gutgeheissen.

### **Rücktritte aus dem Parlament**

**Hanspeter Frey**, CVP-Fraktion, hat am 26. März 2007 seinen Rücktritt aus dem Parlament bekannt gegeben.

**1. Bericht des Gemeinderates vom 21.03.2007 betreffend Nachrücken von Samuel Champion, SD-Fraktion, in den Einwohnerrat für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) (Geschäft 3720).**

---

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, möchte eine persönliche Erklärung zu diesem Traktandum abgeben:

Sieben Einwohnerräte, welche heute noch dieser Legislative angehören, kennen Samuel Champion, SD-Fraktion, noch sehr gut von früher, als er schon einmal Einsitz in dieses Parlament nahm. Die anderen wissen vielleicht nicht, dass 1998 Samuel Champion, nach einer Einwohnerratssitzung einen Artikel im Allschwiler Wochenblatt veröffentlicht hat. Darin hat er geschrieben, dass alle, welche für die Erhöhung des Bussenrahmens von CHF 100.00 auf 1'000.00 gestimmt haben, ich zitiere, „alle zusammen Nichtsnutze und Volksverräter bzw. Feiglinge und Hinterbänkler seien.“ Dies bezog sich auf die Einwohnerratskolleginnen und –kollegen. Die neuen Einwohnerräte wissen vielleicht nicht, dass dann in der Folge 18 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Samuel Champion, SD-Fraktion, wegen Ehrverletzung eingeklagt haben. Der Polizeigerichtspräsident von Arlesheim hat dann im November 1998 Samuel Champion, SD-Fraktion, schuldig gesprochen und zwar der Beschimpfung zum Nachteil der klagenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und hat ihm eine Busse von CHF 600.00 auferlegt. Der zweite Akt des Ganzen war, dass Samuel Champion gegen das Urteil des Polizeigerichtspräsidenten in Arlesheim beim Obergericht Baselland appelliert hat. Das Obergericht hat 1999 seine Appellation abgewiesen und es hat unter anderem in seiner Begründung ausgeführt, dass der Begriff Volksverräter, welcher auf uns Volksvertreter gemünzt war, ein treubruchiges Verhalten von den besagten Einwohnern voraussetzt. Es schrieb: „Das Volk verraten zu haben impliziert, dass der Betreffende, also der Einwohnerrat, sich unehrenhaft, illoyal und zum Schaden des Volkes verhalten habe. Diese Bezeichnung beinhaltet eine schwerste, kaum noch zu überbietende Geringschätzung der angegriffenen Personen, also der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Den Volksvertretern würden Verantwortungsbewusstsein und Pflichtgefühl bei der Erfüllung ihrer politischen Aufgaben abgesprochen.“ Und dann schreibt das Obergericht, „dass das keine legitime Kritik sei, welche sich die Kläger gefallen lassen müssen.“ Das war aber noch nicht alles. Der dritte Akt folgt. Samuel Champion war nicht einverstanden mit diesem Urteil des kantonalen Obergerichts und ist an das Bundesgericht gelangt. Das Bundesgericht hat seine Nichtigkeitsbeschwerde abgelehnt und folgendes geschrieben. Ich zitiere: „Im Übrigen hat die Vorinstanz den Begriff Volksverräter im vorliegenden Fall zutreffend und in Übereinstimmung mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung als ehrverletzend erachtet.“ Es hat also das Urteil bestätigt.

Samuel Champion, der Einwohnerrat ist heute aufgefordert, unter anderem, ihr Nachrücken in den Rat zu beschliessen. Dies behandelt gerade das vorliegende Traktandum: Geschäft 3720. Dass Ihre Partei ein Anrecht auf diesen Sitz hat, ist unbestritten. Aber dass gerade sie der Auserkorene sind, das gibt uns, von der FDP, zu denken. Unter anderem auch noch, weil weitere Sitze ihrer Partei in diversen Kommissionen auf der Traktandenliste figurieren. Sie werden sicherlich verstehen, wenn sich unsere Fraktion darum Sorgen macht und sie in ihrem Vorhaben nicht unterstützen kann. Sie hatten damals nicht die geringste Einsicht in die Tragweite ihres verwerflichen Handelns gezeigt. Im Übrigen haben sie sich bis heute bei den Betroffenen nicht entschuldigt.

**Christoph Morat**, Präsident, begrüsst **Samuel Champion**, SD-Fraktion, im Einwohnerrat und wünscht ihm alles Gute während seiner Zeit im Einwohnerrat.

255 01.030 Einwohnerrat  
04.044 Musikschule (MS)

## **2. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2007 betreffend Ersatzwahl eines Mitglieds des Musikschulrates Allschwil für die zurückgetretene Verena Meschberger (Geschäft 3717)**

---

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass gemäss Parteienproporz der Sitz der SVP zusteht. Aus diesem Grund kann die SVP einen Vorschlag machen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, möchte noch etwas anfügen zum Votum des Guido Beretta. Er ist der Meinung, dass man Samuel Champion auch das Recht hätte gewähren sollen, Stellung zu nehmen und ihm hätte das Wort übergeben sollen.

**Christoph Morat**, Präsident, weist Bruno Steiger darauf hin, dass das Traktandum 2 behandelt werde. Wenn er einen Rückkommensantrag stellen möchte, solle er dies ordentlich nach Behandlung des Traktandums 2 tun. Er übergibt das Wort Josua Studer, SVP-Fraktion.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Erlauben sie mir ein paar Worte zur Neubesetzung des Schulratmandates zu sagen. Liebe Verena, einen ganz lieben Dank für deinen Einsatz in der Musikschule. Leider ist jetzt eine Situation entstanden, die es dir verunmöglicht, in diesem Gremium weiterzumachen. Je nach dem von welcher Seite man sich die Meinungen anhört, klingt es verschieden. Für uns zählt aber einzig die Sachlage, dass du nicht mehr kannst und das will etwas heissen. Schliesslich hast du viel Herzblut in die ganze Arbeit gesteckt. Vor drei Jahren wolltest du mit deinem Wissen die Musikschule ins neue Bildungsgesetz überführen. Da aber der Schulrat verkleinert wurde, wurde es dir verunmöglicht. Deine Partei ist dann an uns, die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP herangetreten und hat gefragt, ob jemand von uns verzichten würde, damit du Einsitz in den Schulrat nehmen kannst. Denn der Gemeinderat musste von Amtes wegen mit dem SP-Sitz Einsitz nehmen. Wir waren die Einzigen, die einverstanden waren und ich glaube, das war ein ziemliches Novum. Das spricht sicher auch für deine Person, dass wir als SVP, dich als SP-Frau vorgeschlagen haben. Du wurdest dann auch gewählt. Dies bestätigte uns, dass der Einwohnerrat dies goutierte. Wer soll Dich ersetzen? Die betreffende Person wird es nicht einfach haben. Wir glauben, dass das Erdbeben, welches noch nicht vorbei ist und dich aus der Ruhe gebracht hat, noch weitere Bewegungen zur Folge haben wird. Darum wollten wir ursprünglich diesen Sitz bis zu den nächsten Gemeindewahlen vakant lassen, weil wir dann annehmen, dass der ganze Schulrat anders aussehen wird. Nun ist es aber so, dass wir trotzdem einen Vorschlag unterbreiten werden. Diese Person ist sich gewohnt, gelegentlich auch angegriffen/kritisiert zu werden. Der Name wird durch unseren Fraktionssprecher bekannt gegeben.

**Basil Kroepfli**, SVP-Fraktion, kündigt an: Es ist Usus, dass man sich nicht selber vorschlägt. Aus diesem Grund fällt mir die Ehre zu, Josua Studer, SVP-Fraktion, für dieses Amt vorzuschlagen.

**Christoph Morat**, Präsident, erkundigt sich nach anderen Vorschlägen und hält fest, dass dies nicht der Fall ist. Er fragt den Einwohnerrat an, ob etwas gegen die stille Wahl einzuwenden sei. Auch dies ist nicht der Fall.

://:

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, ist in das Amt als Musikschulrat gewählt. Der Musikschulrat konstituiert sich selbst.

**Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, fügt an: Ich danke Josua Studer ganz herzlich für seine lieben Worte zu meiner Arbeit in der Musikschule. Ihr hört es meiner Stimme an, es fällt mir immer noch schwer, auf dieses Amt zu verzichten. Aber es ist sicher im Interesse der

Musikschule geschehen. Ich wünsche der Musikschule und Josua Studer, SVP-Fraktion, alles Gute.

**Christoph Morat**, Präsident, schliesst sich dem an.

MITTEILUNG an:

Josua Studer, SVP-Fraktion(als Wahlanzeige)  
Josua Studer, SVP-Präsidium  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv.

256      01.001      Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
          12.300      Abwasserentsorgung; Planung und Bau

**3. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- Planungsfragen betreffend Totalrevision des Abwasserreglements, 1. Lesung (Geschäft 3525/A).**

---

**Christoph Morat**, Präsident, übergibt das Wort Gemeinderat Robert Vogt.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Sie wissen, dass wir schon vor einem Monat die Gelegenheit hatten, die zwei Reglemente sehr intensiv vorzustellen und ich kann ihnen versichern, dass auch heute wieder unser Hauptabteilungsleiter, Andres Linder, für Detailfragen zur Verfügung stehen wird. In diesem Sinne müsste ich keine weiteren Ausführungen machen.

**Christoph Morat**, Präsident, übergibt das Wort dem Präsidenten der Reglementscommission, Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion:

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion: Die Totalrevision des Abwasserreglements ist der dritte Akt in dieser ganzen Sache. Zuerst gab es das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer, dann ein kantonales Gesetz zum Gewässerschutz und nun hat man ein Reglement auf der Gemeindeebene. Ich möchte auch hier nicht alles wiederholen. Robert Vogt hat es bereits gesagt und sie sind mit den Unterlagen gut informiert worden.

Ich möchte aber trotzdem noch, im Namen der beiden Kommissionen, auf die Wichtigkeit des Reglements hinweisen. Es ist ein grosser Schritt für den Gewässerschutz eintreten zu können. Wichtig ist vor allem auch, dass die Gebührenverordnung richtigerweise nach dem Verursacherprinzip geregelt wird. Derjenige der etwas verursacht, soll auch zahlen müssen. Dies ist fast überall so oder sollte überall so geregelt sein. Die Kosten kann man nicht abwälzen auf wen man will. Dies ist sicher der richtige Weg, den wir jetzt einschlagen. Wie sie gesehen haben, gibt es zwei Anträge der Kommissionen. Es gab viele Diskussionen über verschiedene Punkte. Sachen, die auch im GEP (Anm. der Protokollführerin: Generellen Entwässerungsplan) geändert wurden, aber dies vollzog sich auf der Ebene des Gemeinderates.

Ich möchte nur kurz auf die Sachen eingehen, die wir ihnen vorschlagen. Dies ist beim Abwasserreglement § 16, Unterhalt, Absatz 2, lit. c. Dort wollen wir eine Ergänzung anbringen. Man kann jemanden auffordern bzw. zwingen, bei Verdacht der Gewässerverschmutzung oder wenn die Abwasseranlage nicht in Ordnung ist, ein Beweis zu erbringen, dass dies nicht der Fall ist. Der Verdächtige musste bis jetzt für die Kosten der Beweisführung aufkommen. Nur darf es nicht sein, dass man jemanden anzeigt und sagt, er mache einen Fehler und sich dies später als falsch erweist, dass dann der Verdächtige die Kosten der Beweisführung bezahlen muss. Darum wollten wir den Zusatz aufnehmen, dass, wenn der Verdacht unbegründet ist, die Kosten selbstverständlich der Gemeinde belastet werden.



Ein weiterer Punkt war die Erhöhung des Zonengewichts für die Industrie und das Gewerbe. Dieses ist auf 0.7 vorgeschlagen. Die Kommission schlägt Ihnen vor, nicht grossmehrheitlich und nicht einstimmig, sondern nur mehrheitlich, dies auf 0.8 zu erhöhen. Weil der effektiv berechnete Beiwert dieser Zone bei 0.78 liegen würde. Die Industrie sollte nicht immer nur zu Lasten des Umweltschutzes privilegiert werden. Aus diesem Grund schlagen wir ihnen vor, das Zonengewicht auf 0.8 hinaufzusetzen. Dies waren die einzigen zwei Sachen, die wir in der ganzen Beratung gefunden haben. Zum Wasserreglement kommen wir später, aber da gibt es nicht viel zu sagen.

Was ich aber am Schluss nicht unterlassen will ist, einen riesigen Dank an alle auszusprechen, die mitgeholfen haben. Es war die Sache zweier Kommissionen, der VPK und der Reglementscommission. Es war ein riesiges Papier, aber wir konnten es in einem rasanten Tempo dank aller Mitglieder durchziehen. Es wurde auf einer fairen Ebene super diskutiert und man konnte tolle Sachen erarbeiten. Ein ganz grosser Dank geht natürlich an Andres Linder, HL Tiefbau - Umwelt. Er hatte eine riesige Arbeit, das Ganze zu erarbeiten und uns zu präsentieren. Er war bereit, in die Fraktionen zu gehen und es noch einmal zu erklären, denn auf jedes Detail kann man jetzt vermutlich nicht mehr eingehen. Ein ganz spezieller Dank von mir geht an Dr. Guido Beretta. Er hat den Bericht, den sie bekommen haben, sozusagen fliegend geschrieben. Denn dieser war bereits fertig, bevor wir die Sitzung beendet haben. Er musste am Schluss nur noch gewisse Korrekturen anbringen. Sie sind alle informiert über dieses Geschäft. Ich bitte sie auch, in dieser ersten Lesung Fragen zu stellen, aber in einem zeitlich vertretbaren Rahmen, damit wir möglichst schnell das Geschäft durchgehen können.

**Christoph Morat**, Präsident, bedankt sich bei Jürg Gass und fragt den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. Dies ist nicht der Fall. Die Diskussion wird eröffnet.

#### DISKUSSION

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, äussert sich zu beiden Reglementen für die CVP: Die CVP-Fraktion steht hinter diesen beiden Totalrevisionen des Abwassers- und Wasserreglements. Die Abteilung Tiefbau und Umwelt hat eine grosse und tolle Arbeit geleistet. Jürg Gass hat dies bereits gesagt und auch ich bedanke mich hier bei allen Beteiligten, die an der Ausarbeitung dieser beiden Reglemente mitgeholfen haben. Die beiden Reglemente sind nun aufgefrischt und vor allem zeitgemäss. Es gilt jetzt das Verursacherprinzip. D.h. je mehr Wasser in die Kanalisation eingeleitet wird, umso mehr soll man auch an die Erstellungs- und Unterhaltskosten beitragen. Wichtig für uns ist, dass das Wasser wenn möglich auch dort in den Untergrund abgegeben werden soll, wo es sonst eigentlich auch hin will, wenn keine versiegelte Fläche oder ein Dach vorhanden wäre. D.h. es werden die Versickerungsanlagen gefordert bzw. gefördert. Wir sind auch froh, dass im Rahmen der Kommissionsarbeit einige Punkte doch verbessert werden konnten.

Der erste Punkt war die Frage danach, wann die Pflicht zum Einbau eines Trennsystems als verhältnismässig eingestuft wird. Dessen Bewertung wurde vom Gemeinderat auf Antrag der Kommission auf ein vernünftiges Verhältnis hinuntergesetzt. Wie kann man sonst einem Allschwiler Einwohner klar machen, wenn er beispielsweise für CHF 20'000.-- seinen Dachstock oder einen Hobbyraum ausbauen möchte, von der Gemeinde die Auflage bekommt, dass er gleichzeitig in seinem Garten für CHF 10'000.-- noch eine Versickerungsanlage zu installieren hat, auch wenn er überhaupt nichts am Abwassersystem gemacht hat? Er hätte nicht einmal von der Gemeinde finanzielle Hilfe bekommen, geschweige denn seine Aufwendungen von den Steuern abziehen können. Aber dies regelt nicht die Gemeinde, hier würde auf kantonaler Ebene noch ein gewisser Handlungsbedarf bestehen. Der Gemeinderat hat also nicht nur im § 16 der Verordnung den Prozentsatz des Kostenanteils an den Gesamtkosten des Umbau ins richtige Verhältnis gesetzt, sondern auch neu geregelt, dass man das Abwassersystem erst dann anpassen muss, wenn mit dem Umbau auch tatsächlich eine Veränderung an der privaten Abwasseranlage vorgenommen wird, was vernünftig ist.

Ein kleines, vielleicht beachtenswertes Detail noch zum Schluss. Wir müssen jedes Jahr für über 200 l/m<sup>2</sup> zusätzlich Regenwasser bezahlen, welches wir gar nicht in die Kanalisation einleiten, da es gar nicht anfällt. Die jährlich anfallende Regenwassermenge wird in der Verordnung mit 1000 l/m<sup>2</sup> angenommen. In der Region Basel aber liegt der statistische Wert über das langjährige Mittel bei ca. 780 l/m<sup>2</sup>. Vermutlich wird das in den nächsten Jahren nicht viel mehr sein, sondern eher viel weniger, wenn das Wetter so weiter macht. So haben sie zum Beispiel im Oberbaselbiet in einem analogen Abwasserreglement diesen Wert ehrlich bei 800 l/m<sup>2</sup> festgelegt. Vielleicht kann uns hier der Gemeinderat noch entgegenkommen und diesen Wert von 1000 l/m<sup>2</sup> auf 800 l/m<sup>2</sup> anpassen.

Bezüglich der Zonengewichtung für Industrie und Gewerbe sage ich später noch etwas, wenn es um den konkreten Antrag geht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Jürg Vogt**, FDP-Fraktion: Die FDP hat natürlich die Reglemente, ich spreche jetzt für beide Reglemente, kritisch angesehen und man hatte anfangs sicher einige Fragen, welche hier beantwortet wurden. Was uns auch bewusst wurde ist, dass es Reglemente sind, welche jeden Tag einen wesentlichen Beitrag zu unserer Gesundheit und zu unserem Wohlstand beitragen. Wenn die Wasser- und Abwasserregelungen funktionieren, dann funktioniert schon viel. Wir sind auch zur Überzeugung gekommen, dass die beiden Reglemente praxistauglich sein werden. Wir hoffen es fest.

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass die Diskussion erschöpft ist.

**1. Lesung** der Totalrevision des Abwasserreglements durch Felix Keller, 2. Vizepräsident.

§ 1- § 15

Keine Wortmeldungen

c

**Christoph Morat**, Präsident, stellte den 1. Antrag der VPK und der Kommission für Gemeindeordnung und –Reglemente vor:

Dem Antrag Nr. 1 „Ergänzung von § 16, Abs. 2 lit. c mit „c. bei Verdacht auf Gewässerverschmutzung. *Erweist sich der Verdacht als unbegründet, übernimmt die Gemeinde die Kontrollkosten*“ wird zugestimmt.

://:

Dem Antrag auf Änderung des Reglements wird mit **35:1 Stimmen** stattgegeben.

§ 17- § 25

Keine Wortmeldungen

§ 26

**Christoph Morat**, Präsident, verweist auf den 2. Antrag der VPK und der Kommission für Gemeindeordnung und-Reglemente.

Dem Antrag Nr. 2 „§ 26 Lit. b: „*Zonengewicht 0,80*“ gegenüber der Fassung des Gemeinderates mit 0,70 wird zugestimmt.

**Christoph Morat**, Präsident übergibt Felix Keller, CVP-Fraktion das Wort.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion möchten euch beliebt machen, dem Antrag nicht zuzustimmen. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat offen und ehrlich kommuniziert wieso er den Faktor für das Zonengewicht von 0.78 für die Industrie und Gewerbezone auf 0.70 abrundet und nicht auf 0.80 aufgerundet hat. Der Gemeinderat spricht also nicht nur von Wirtschaftsförderung, sondern er will auch, sofern er von den Kommissionen nicht abgehalten wird, Wirtschaftsförderung betreiben. Ich finde es gut, dass dieses Thema nun endlich auch im Einwohnerrat diskutiert wird und der Rat nun klar Flagge zeigen und beweisen kann, ob er für die Wirtschaft in Allschwil, für das Gewerbe und somit auch für Arbeitsplätze ist. Es geht nicht um das Geld, denn ob es nun 0.70 oder 0.80 ist, wird sich in der Kasse kaum niederschlagen. Sondern es geht ums Prinzip bzw. um die Politik. Jetzt kann man zeigen, ob man für oder gegen Wirtschaftsförderung ist. Die CVP-Fraktion ist für die Wirtschaftsförderung und beantragt deshalb, den Faktor bei 0.70 zu belassen.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion: Man muss nicht für oder gegen Wirtschaftsförderung sein. Das ist hier auch nicht die Abstimmungsfrage. Aber muss Wirtschaftsförderung auf Kosten der Umwelt gehen? Da sage ich nein. Es ist ungerecht, wenn das Gewerbe eine niedrigere Zonengewichtung erhält als beispielsweise der Wohnraum. Laut Fachliteratur hat die Zone W1 ein Zonengewicht von 0.3. Im Reglement hat es ein Zonengewicht von 0.4. W2 und W3 haben auch eine höhere Zonengewichtung im Reglement als in der Fachliteratur empfohlen wird. Dies macht durchaus Sinn, denn man will grundsätzlich eine ausgeglichene Rechnung. Es kann aber nicht sein, dass die einzige Zone, welche nicht mehr bezahlen muss, das Gewerbe ist. Es kann nicht sein, dass das Gewerbe als einzige Zone, statt den empfohlenen 0.8, nur 0.7 als Zonengewicht zugeteilt bekommt. Es ist doppelt ungerecht, das Gewerbe muss nicht einmal das in der Fachliteratur Empfohlene bezahlen, sondern noch weniger. Während die Hauseigentümer, d.h. auch die Mieter, da die Kosten natürlich auf die Miete abgewälzt werden, im Reglement noch mehr bezahlen als in der Fachliteratur empfohlen wird. Also es ist doppelt ungerecht. Und darum finde ich, kann man dem Gewerbe durchaus zumuten, dass das Zonengewicht auf 0.80 angehoben wird, so dass es mit der Fachliteratur übereinstimmt. Weiter ist auch nicht sicher, ob der Faktor 0.80, auch wenn dies in der Fachliteratur steht, für das Gewerbe genügend ist. Betrachten wir beispielsweise den Jumbo. Dort ist der Versiegelungsgrad bestimmt etwas mehr als 0.80. Aber es ist ja nicht jedes Gewerbe der Jumbo. Ich empfehle euch aus diesen vorher erläuterten Gründen die Annahme des Antrags der VPK und der Kommission für Gemeindeordnungs- und Reglemente.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Wirtschaft braucht Personen. Personen brauchen Wohnraum. Wohnraum versucht Allschwil zu schaffen. Und Allschwil soll für beide Steuerpfeiler, für die Wirtschaft sowie für die natürlichen Personen, welche hier wohnen, die gleichen Ansätze oder adäquate Ansätze gebrauchen. Deshalb meinen wir, wir gehen, wie die Erfahrungen gezeigt haben, dort hin, wo beide etwa gleich betroffen sind. Ich appelliere auf das, was die Kommission sagte, auf den Faktor 0.80.

://:

Der Antrag der beiden Kommissionen wird mit **19:17 Stimmen** überwiesen und angenommen.

§ 27- § 36

Keine Wortmeldungen

Die 1. Lesung der Totalrevision des Abwasserreglements ist abgeschlossen.

257 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
12.400 Wasserversorgung; Planung und Bau

**4. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und -Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Totalrevision des Wasserreglements, erste Lesung, (Geschäft 3526/A).**

---

**Christoph Morat**, Präsident, übergibt das Wort an Gemeinderat Robert Vogt.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Beim Wasserreglement sieht es sehr ähnlich aus wie beim Abwasserreglement. Sie werden Parallelen feststellen. Aber scheuen sie sich nicht. Sie können unserem Hauptabteilungsleiter auch Detailfragen stellen. Vielen Dank.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, bestätigt auf die Anfrage von **Christoph Morat**, Präsident, hin, dass es nichts mehr anzufügen gibt.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird, was nicht der Fall ist. Es folgt die Diskussion.

DISKUSSION

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass keine Diskussion stattfindet. Es folgt die erste Lesung.

**1. Lesung** der Totalrevision des Wasserreglements durch **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.

§ 1 - § 54

Keine Wortmeldungen

Die 1. Lesung der Totalrevision des Wasserreglements ist abgeschlossen.

258 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
04.044 Musikschule (MS)

**5. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2007 betreffend Teilrevision des Jugendmusikschulreglements (Direktberatung), 1. Lesung, (Geschäft 3687).**

---

**Christoph Morat**, Präsident, übergibt das Wort an Gemeinderat Heinz Giger.

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung – Erziehung – Kultur: Die Einführung des Bildungsgesetzes am 1. August 2003 hat verschiedene Veränderungen mit sich gebracht. Aus diesem Grund sind Anpassungen an die kommunale Reglementierung erforderlich geworden. Es gibt mehrere Änderungen gemäss Bildungsgesetz. Ich werde ihnen fünf Beispiele zeigen. (Folie 1)

Ab 1.08.03 gilt das Bildungsgesetz inklusive den dazugehörenden Verordnungen. Auch das individuelle Schulprogramm wird durch das Bildungsgesetz definiert. Die Subventionen für die Musikschule entfallen. Die Trägergemeinden tragen die nicht gedeckten Kosten anteilmässig gemäss Vertrag. Die Musikschule wird zu einer Schulart wie Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule. Die bisherigen Schulpflegen und die Jugendmusikschulkommission werden

durch die so genannten Schulräte ersetzt. Jede Gemeinde hat nach wie vor einen eigenen Subventionsschlüssel. Und mit Ausnahme des Sekretariats- und Betriebspersonal werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Musikschule dem kantonalen Personalgesetz unterstellt. So viel zu ein paar Änderungen.

Im Zuge dieser Überarbeitung hat sich gezeigt, dass fast alle Regelungen bereits auf kantonaler Ebene oder im gesetzlich vorgeschriebenen Schulprogramm enthalten sind und somit die meisten Bestimmungen des bestehenden Jugendmusikschulreglements aufgehoben werden können. Und dies ist der Kernpunkt des heutigen Abends. Der grösste Teil des JMS - Reglements kann aufgehoben werden. Das heutige JMS – Reglement sollte auf Beginn des kommenden Schuljahr 2007/2008, das ist diesen Sommer, revidiert werden, damit die Bestimmungen des kantonalen Rechtes, auch für das neue Schulprogramm, vollumfänglich zur Anwendung gelangen.

Das bedeutet folgendes Vorgehen und folgende Arbeiten: (Folie 2) Der Gemeinderat hat für Allschwil eine Einwohnerratsvorlage zur Erstellung eines Reglements über die Beiträge an den Musikschulbesuch erarbeitet. Das ist das Geschäft 3686, welches dann an die Reglementscommission geht. Es sind zwei Paragraphen im JMS – Reglement betroffen, bei welchen der Einwohnerrat zuständig ist. Der eine beinhaltet das Kursgeld und der andere behandelt die Beschwerde. Und um diese zwei Paragraphen geht es heute Abend.

§ 15 des Jugendmusikschulreglements regelt nicht nur die Höhe des Kursgeldes, sondern enthält auch einen Absatz mit dem Hinweis, dass bei der Festlegung des Kursgeldes das steuerbare Nettoeinkommen der Eltern und auch die Anzahl der Geschwister, die gleichzeitig die Musikschule besuchen, zu berücksichtigen sei. Der entsprechende Schlüssel sei periodisch zu revidieren und der neue Schlüssel sei jeweils zu publizieren. Der aktuelle Schlüssel stammt aus dem Jahr 1993.

§ 21 regelt das Beschwerderecht. Hier geht es also um die Zuständigkeiten. Beschwerdeinstanz aufgrund einer Verfügung der Jugendmusikschulkommission ist gemäss JMS-Reglement der Gemeinderat. Gemäss Bildungsgesetz ist nun über dem zuständigen Schulrat der Regierungsrat die nächste höhere Instanz, also die Beschwerdeinstanz. Wenn es aber um Geld, d.h. um finanzielle Belange der Musikschule geht, ist nach wie vor der Gemeinderat zuständig. Folglich ist für die Beschwerde wegen des Kursgeldes oder respektive wegen des gewährten oder nicht gewährten Rabattes immer noch der Gemeinderat zuständig. Aus diesem Grund kann § 21 auch nicht aufgehoben werden.

Das bedeutet, dass jetzt lediglich eine Teilrevision dieses Reglements durchgeführt werden kann. D.h. im Klartext: Aufhebung von allen Paragraphen mit Ausnahme der Paragraphen 15 und 21, welche im Reglement enthalten bleiben müssen. Und über das müssen sie heute beschliessen. Ich bitte sie, gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu beschliessen.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt an, ob das Eintreten bestritten ist. Dies scheint nicht der Fall zu sein, die Diskussion wird eröffnet.

## DISKUSSION

**Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion: Dies wird mein letztes Votum sein in Sachen Musikschule. Es ist etwas, was mir sehr am Herzen gelegen ist. Josua Studer hat es schon erwähnt. Ich habe, als das Bildungsgesetz erarbeitet worden ist, in den kantonalen Kommissionen mitgearbeitet. Es gab eine Zeit, da konnte ich das Bildungsgesetz und die Verordnungen fast auswendig. Ich habe mich ziemlich schnell nach der Einführung des Bildungsgesetzes in den Garten des Andreas Weis, Rechtsdienst, gesetzt und habe eine Synopse im Bezug auf die Aufhebung des JMS-Reglementes erarbeitet. Und das was Heinz Giger vorher erläutert hat, ist effektiv der Fall. Das Reglement wird vollumfänglich durch das Bildungsgesetz, durch die Verordnungen und durch das Schulprogramm abgedeckt.

Aber der Subventionsschlüssel, welcher den Gemeinden überlassen wird, der war schon dazumal in Überarbeitung und ist ein wesentlicher Teil des § 15. Sie haben in der Zwischenzeit die Vorlage zu diesem neuen Subventionsschlüssel bekommen. Ich möchte diesen auch jetzt schon, aus der Sicht der Musikschule als ich noch Präsidentin war, voll unterstützen. Ich finde es extrem gut und toll wie die Einwohnerratsvorlage gemacht wurde. Es wäre nämlich sehr viel Papier mit sehr wenigen Informationen gewesen, wenn man die Synopse, welche in Zusammenarbeit mit Andreas Weis und Charlotte Weishaupt, HAL BEK, überarbeitet wurde, eingebracht hätte. Ich danke den beiden für die Unterstützung und für die Zusammenarbeit. Die Synopse war wirklich nicht nötig. Die kurze Vorlage an den Einwohnerrat ist absolut genügend.

Die Worte des Heinz Giger, Gemeinderat, waren meiner Ansicht nach sehr aufschlussreich und haben das Wichtigste noch einmal zusammengefasst. Ich möchte sie bitten, dieser Teilrevision zu zustimmen. Ich hätte noch einen Wunsch, dass man den Subventionsschlüssel, d.h. die noch im Programm stehende Vorlage, bald auch verabschiedet, da der Schulrat im Laufe des letzten Winters beschlossen hat, das Schulgeld neu jeweils auf das neue Schuljahr anzupassen. Es wäre sehr toll, wenn der Subventionsschlüssel zur gleichen Zeit auch zur Verfügung stehen würde. Das Reglement könnte dann definitiv aufgehoben werden zugunsten des Bildungsgesetzes, der Verordnungen und des Schulprogramms, welches der Schulrat in der Februarsitzung in seiner vergangenen Zusammensetzung genehmigt hat. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass keine Diskussion stattfindet. Es folgt die 1. Lesung.

**1. Lesung** der Teilrevision des Jugendmusikschulreglements durch **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.

§ 1 - § 14 aufgehoben

Keine Wortmeldungen

§ 16 - § 20 aufgehoben

Keine Wortmeldungen

Die 1. Lesung der Teilrevision des Jugendmusikschulreglements ist abgeschlossen.

259      01.032.002      Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**6. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008), (Geschäft 3711).**

---

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass dieser Sitz der SD-Fraktion zusteht und übergibt das Wort Bruno Steiger, SD-Fraktion.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion: Nicht nur bei dieser Kommission, sondern auch bei allen anderen schlagen wir ihnen Samuel Champion, SD-Fraktion zur Wahl vor. Ihr könnt im Einwohnerrat machen was ihr wollt, wir werden daran festhalten. Wir werden vielleicht später noch darüber diskutieren, was da alles für Vorwürfe gegenüber Samuel Champion, SD-Fraktion erhoben worden sind. Wie gesagt: Nach wie vor stellen wir keinen anderen Kandidat zur Verfügung. Wir haben auch gar keine andere Alternative. Bei den Kommissionssitzen ist jeder voll ausgebucht. Max Amsler, SD-Fraktion, hat am meisten Kommissionssitze inne und er ist auch nicht mehr 20 Jahre alt. Ich meine, wir wollen ihm nicht noch mehr aufbürden. Wie gesagt, es geht ja nur um einen Kommissionssitz und zwei Ersatzkommissionssitze, daher ist es ja nicht so schlimm.

Samuel Champion hat auch gewisse Erfahrungen und ich würde sagen, Fachkenntnisse, vor allem in Baufragen, sind bei ihm auch vorhanden.

**Christoph Morat**, Präsident, bemerkt, dass ihm Gegenvorschläge vorliegen. Er übergibt das Wort Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion.

**Jean - Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Es stimmt wirklich, es gab Wahlen in Allschwil. Die Stimmbürger sind mit einem Zettel an die Urnen oder an den Briefkasten gegangen und haben Personen auf eine Liste geschrieben, nicht durchgestrichen oder ergänzt. Alle, die hier sitzen, haben einem Amt als Vertreter der Wählenden von Allschwil zugesagt. Unsere Aufgabe ist es, mit unseren Stimmen die Leute von Allschwil zu vertreten und diese Aufgabe für Allschwil wahrzunehmen. In diesem Saal hier ist es unsere Aufgabe, dass wir Mitglieder aus der Gemeinschaft des Einwohnerrates in Behörden und Kommissionen delegieren um den politischen und sachbezogenen Betrieb mitzubestimmen und zu kontrollieren. Wir sind verantwortlich für die Personen, welche wir delegieren und wählen. Beispielsweise beim Schulrat, welcher keinen Einsitz in unserem Rat hat, konnten alle Fraktionen Personen vorstellen. Man konnte sagen: Ja, diese Personen können das machen. Wir schenken diesen Personen unser Vertrauen. Das Vertrauen ist bereits heute Abend von Dr. Guido Beretta angesprochen worden. Ich mache es kurz. Für mich heisst Vertrauen, jemandem mit gutem Gewissen sagen können: Ja, mach Du das, nimm deine Aufgabe als Kommissionsmitglied, als Behördemitglied, egal wo, in unserem Sinne wahr. Wir alle als Kollegium stehen für unsere Entscheide in Allschwil gerade. Vertrauen heisst etwa so viel wie: „Trau, schau, wem.“ Bei der Person, die heute Einsitz im Einwohnerrat genommen hat, muss ich einfach sagen: „Ich traue nicht, da ich schau wer.“ Wir haben eine Ergänzung zur vorgeschlagenen Person für jede Wahl in eine Kommission anzubringen. Wir haben eine andere Idee. Wir möchten das Vertrauen nicht jemanden geben, der sein Vertrauen in diesen Jahren im Einwohnerrat niemandem von uns bewiesen hat. Es gibt keine stillen Wahlen, meine Damen und Herren, das ist schon einmal ganz klar.

**Basil Kroepfli**, SVP-Fraktion: Zuerst eine Vorbemerkung. Wir unterstützen Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat, selbstverständlich bei der Abklärung des Wohnsitzes von Samuel Champion, SD-Fraktion. Es ist absolut klar, dass wenn er nicht hier wohnt, wenn er nicht nachweisen kann, dass er hier gemeldet ist, in diesem Einwohnerrat und auch in den Kommissionen absolut nichts zu suchen hat. Nur damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht darum, dass wir den Herrn unbedingt im Einwohnerrat wollen. Wir waren ziemlich überrascht vom Nachrücken des Samuel Champion. Wir haben selbstverständlich schon viel von dieser Person gehört. Wir wissen selbstverständlich auch um all diese Geschichten vom Bundesgericht, von der Klage, von den ausgesprochenen Bussen etc. Und wir wissen auch um seine politische Einstellung. Wir heissen seine Äusserungen und das will ich ganz ausdrücklich betont haben, keineswegs gut. Wir heissen auch alle seine politischen Einstellungen und sein Verhalten, welches er an den Tag legt, nicht gut. Aber wir wollen hier auch keinen Präzedenzfall mit einer Nichtwahl eines Mitglieds in eine Kommission schaffen, in die es vorgeschlagen geworden ist. Der Einwohnerratssitz steht der SD, genauer gesagt, Samuel Champion zu. Daran gibt es nichts zu rütteln. Er ist gewählt. Wenn die SD ihn in die entsprechenden Kommissionen vorschlägt, so werden wir ihn wählen. Als Samuel Champion das letzte Mal aktiv im Einwohnerrat war, war mit einer Ausnahme der SVP, niemand von uns hier im Rat vertreten. Ich hatte die Einschulung schon ein paar Jahre hinter mir, aber ich war noch nicht im Rat. Ich kenne also alle Geschichten nur vom Hörensagen. Aus diesem Grund wollen wir niemanden mit einer Nichtwahl vorverurteilen. Einfach weil der Herr gewissen Leuten im Einwohnerrat, auch wenn die Gründe berechtigt sind, nicht passt.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, nur ganz kurz. Ich möchte Basil Kroepfli schnell eine Antwort geben. Ein Bundesgerichtsentscheid vom Hörensagen ? Kein weiterer Kommentar mehr.

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass ein Vorschlag der SD-Fraktion und ein Gegenvorschlag der SP/EVP-Fraktion, die des Bruno Steiger besteht. Nach § 82 des

Geschäftsreglements ist der Präsident verpflichtet, den Rat anzufragen, ob er offene Wahlen will, ansonsten so genannte geheime Wahlen bezüglich des Ersatzsitzes in der FiReKo durchgeführt werden.

://:

**Mit 31 Stimmen** sind die offenen Wahlen beschlossen worden.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt an, wer Samuel Champion, SD-Fraktion als Ersatzmitglied in die FiReKo wählen will. Der Gegenvorschlag der SP/EVP-Fraktion ist Bruno Steiger, SD-Fraktion.

://:

Mit **26:9 Stimmen** bei einem **absoluten Mehr von 18 Stimmen** ist **Bruno Steiger**, SD-Fraktion als Ersatzmitglied in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion: Ich nehme diese Wahl nicht an. Wir haben nach wie vor das Anrecht, dass derjenige Kandidat, denn wir hier vorschlagen, auch bestätigt wird. Und jetzt werde ich langsam sauer, was hier drinnen passiert. Es ist so, dass die extrem korrekten, so genannten Politiker und ausnahmslos solche von den drei selbsternannten historischen Parteien von Allschwil, den Artikel noch nicht verdaut haben. Ich poche auf die Meinungsäusserungsfreiheit. Gut, man kann den Artikel des Samuel Champion im Allschwiler Wochenblatt betrachten wie man will. Aber ich denke, wenn sich jemand betroffen fühlt, dann hat es doch seinen Grund. Jemandem dem der Schuh passt, der zieht ihn auch an. Aus diesem Grund verstehe ich nicht, wenn man einfach die Gerichte bemüht und „Anzeigerlis“ spielt. Ich kann euch nun genau sagen was bei unseren Gerichten, auch bei den Bezirksgerichten geschieht. Ich wurde auch schon angezeigt und verurteilt. Dort spielen die Parteirichter eine grosse Rolle. Das ist das juristische System der Schweiz, in dem leider die Parteien die Richter stellen. Und es geht nicht darum, ob es gut oder schlecht qualifizierte Richter sind, sondern man muss nur das richtige Parteibüchlein haben. Und das sind dann diejenigen, welche ihre Vasallen/Parteikollegen, die irgendwelche politische Auseinandersetzungen haben und klagen gehen, schützen. Das Urteil wird dann sehr wahrscheinlich zu ungunsten ihrer politischen Gegner ausfallen. Das ist ja eigentlich klar, sollte aber nicht so sein. Darum ist unsere Justiz sehr politisch und parteiisch.

Ich möchte sagen, dass die Herren und Damen, die damals „Anzeigerlis“ gemacht haben, „in den Mond geschaut“ haben. Die Freude wegen der Busse, die bezahlt wurde, sei ihnen vergönnt. Aber ich musste doch heimlich lachen, als es hiess, dass sie die Kosten, welche sie durch die Anzeige verursacht haben, selber berappen müssen.

Das Ganze hier drinnen befremdet mich, es ist wie ein Virus. Vielleicht hätten wir lieber geheime Wahlen durchgeführt, weil der eine oder andere wahrscheinlich aus seinem Gerechtigkeitssinn heraus anders abgestimmt hätte. Oder er wurde eben von den Parteiexponenten seiner Partei unter Druck gesetzt. Es besteht eine grosse Gruppendynamik im Einwohnerrat. Es ist so, dass Leute, die von diesem Fall keine Ahnung haben, sich einspannen lassen. Felix Keller, du hast noch nicht einmal in Allschwil gewohnt oder warst noch nicht im Einwohnerrat.

Wir müssen jetzt noch einmal offen legen. Max Ribi, FDP, war damals Einwohnerrat. Er versuchte im Landrat die Strafprozessordnung in dem Sinne zu ändern, dass der Staat die Unkosten im oben genannten Falle begleichen sollte. Denn es musste von einer trölerischen Anzeige ausgegangen werden. Er hat sich damals vehement gegen trölerische Bauanzeigen gewehrt. Aber wenn es ums Private geht, wenn man „Anzeigerlis“ macht und es nachher in die Hosen geht, dann sollte der Staat dies berappen. Das ging schief. Das ist ein Fallbeispiel.

Ich möchte noch etwas anfügen. Ich wurde im Einwohnerrat auch schon gemobbt. Es ging um die Heimatmuseums-Kommission. Nur weil ich eine andere politische Ansicht hatte - ich war



gegen den Erweiterungsbau des Heimatmuseums in Allschwil – wurde ich nicht in die Kommission gewählt. Dies zur himmeltraurigen Einstellung des Einwohnerrats. Wie bereits gesagt, es besteht eine Art von Filz hier in Allschwil, eine Gruppendynamik, es ist fast Mobbing, was ihr heute Abend mit Samuel Champion macht. Ich habe die Nase langsam voll. Jacques, du hast einmal „Pfui“ zu mir gesagt, jetzt sage ich „Pfui, Pfui und nochmals Pfui“ zu dir. Dass man, da man damals nicht durchkam wie man wollte, aus persönlichen Querelen mit Samuel Champion, die politische Institution missbraucht. Es hat nichts mit den Kommissionen zu tun. Ich bin der Meinung, dass wenn es juristisch vor dem Regierungsrat entschieden werden muss, ihr alle Pech haben könntet. Es gibt kein Grund, einen Mann, mit dem man früher Probleme hatte, jetzt zu mobben. Dann hättet ihr ihn auch nicht in den Einwohnerrat wählen dürfen. Jetzt ist er in den Einwohnerrat in eine Fraktion gewählt. Daraufhin teilen wir, die SD, die Kommissionssitze auf. Wir sind drei Personen und jeder hat genug Kommissionssitze. Wir halten bei allen Kommissionen an der vorgeschlagenen Person fest.

**Christoph Morat**, Präsident, informiert: Unser Geschäftsreglement sieht nicht vor, dass jemand eine Wahl in eine Kommission ausschlagen kann. Es besteht heute Abend die Möglichkeit für Bruno Steiger und Max Amsler, welcher auch noch vorgeschlagen ist, zu demissionieren. In diesem Fall wird das Büro die Wahlen für die nächste Einwohnerratssitzung wieder traktandieren. Diese finden dann nochmals statt. Auch dann besteht wieder die Möglichkeit zu demissionieren. Nur gibt es dann langsam ein Glaubwürdigkeitsproblem. Dieses Problem hat nicht der Einwohnerrat. Er hat das demokratische Recht, Personen in die Kommissionen zu wählen, welche er in eigener Regie vorgeschlagen oder bestätigt hat.

MITTEILUNG an:

Bruno Steiger, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)  
Bruno Steiger, SD-Präsidium  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv., Kommissionsverzeichnis

260 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission

**7. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008), (Geschäft 3712).**

---

**Christoph Morat**, Präsident, bestätigt, dass der Vorschlag der SD - Fraktion für alle Wahlen in die Kommissionen Samuel Champion ist. Es bestehe aber ein Gegenvorschlag der SP/EVP-Fraktion. Dies sei Max Amsler als Ersatzmitglied in die GPK. Er fragt auch hier wieder den Rat an, ob er mit offenen Wahlen einverstanden sei.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Auch wenn ich mich jetzt lächerlich mache, ich verlange geheime Wahlen. Ich habe es langsam satt, die zwischen den Zeilen gemachten Bemerkungen einfach zu übergehen. Bruno Steiger sagte in seinem Votum, die offene Abstimmung, welche ich sehr mutig fand, war nicht in Ordnung, da gewisse Leute unter Druck standen u.s.w. Ich verlange nur für diese Wahl die geheime Abstimmung und ich möchte mich entschuldigen, dass es länger geht. Aber ich möchte das Ergebnis sehen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Ich habe ein wenig Verständnisprobleme. Ich bin manchmal auch nicht einverstanden mit den politischen Äusserungen und Gesinnungen vom linken Lager. Wir müssen es auch akzeptieren und wählen euch in die Gremien, in die ihr gerne wollt. Mir wurde mitgeteilt, dass man nicht gleichzeitig in der FiReKo und in der GPK sein. Wie funktioniert es, wenn wir ein FiReKo- Mitglied haben, welches gleichzeitig Ersatzmitglied der GPK ist? Hier sehe ich ein Problem.

Was mir auch nicht ganz einleuchtet ist, dass das linke Lager so gewerkschaftsorientiert ist und schaut, dass nicht zu viel gearbeitet wird. Jetzt zwingt ihr die Leute dazu, mehr zu arbeiten. Ich finde es eine Frechheit. Ich weiss nicht, wie ich reagieren würde, wenn ihr mit unserer Partei so umgehen würdet. Dies ist gerade eine Vorwarnung, wenn es zu einer ähnlichen Situation kommen sollte.

Wir wurden von der SD-Fraktion nicht eingespannt. Die Schweizer Demokraten wurden von unserem Fraktionssprecher erst gestern informiert, wie wir heute vorgehen werden. Wir hatten schon lange eine grundsätzliche Idee. Aber wir liessen es bis zum letzten Augenblick offen, damit wir es besser abschätzen konnten.

Der Stimmbürger von Allschwil wählt verschiedene Parteien und somit bestimmte Leute in einen Rat hinein. Diese haben das Anrecht in den Rat Einsitz zu nehmen. Jetzt ist diese bestimmte Person im Rat, ob es nun passt oder nicht. Er sollte deshalb auch das Anrecht haben, in denjenigen Kommissionen Einsitz nehmen zu können, welche die Partei will.

Was noch anzufügen ist: Dieser Herr wurde verurteilt. Es heisst doch immer: Verurteilt ist abgeschlossen, also beginnen wir wieder von neuem. Merkt ihr nicht, dass Samuel Champion diese Publizität schätzt? Ihr gebt sie ihm. In letzter Zeit lesen wir nur von ihm und den Schweizer Demokraten. In den nächsten Wahlen könnten die Schweizer Demokraten zu legen und ihr werdet vielleicht weniger Sitze haben. Ihr alle sagt immer, in einer Kommission sei die Parteizugehörigkeit unwichtig, dort arbeitet man gut und familiär zusammen. Familiär, dies ist ein Problem der CVP und SP. Viele sagen die Parteien seien zu familiär. Wenn man familiär ist und ein Kind zu Hause hat, welches Probleme macht, spricht man mit diesem Kind. In einer Kommission sind sieben Delegierte vertreten. Und wenn Samuel Champion der einzige ist, welcher nicht einverstanden ist, besteht immer noch das Verhältnis 6:1. Wenn ich noch dabei bin: 5:2. Das ist doch ein Kindergarten, was wir hier vollziehen. Zur vorherigen Wahl: Wir haben ein Ersatzmitglied und kein Mitglied in die FiReKo bestellt. Seid bitte anständig.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion: Josua Studer hat die Frage aufgeworfen, ob jemand gleichzeitig in der FiReKo und in der GPK sein kann. Da gibt es eine einfache Antwort. Peter Humbel ist ordentliches Mitglied der FiReKo und ordentliches Mitglied der GPK. Es bestehen daher keine Probleme.

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest: Die Emotionen gehen hoch. § 82 sieht grundsätzlich geheime Wahlen vor. Ich frage den Rat nur an, ob er offene Wahlen will. Will er dies nicht, werden selbstverständlich geheime Wahlen durchgeführt. Wir müssen aber darüber abstimmen.

://:

Mit **26:3 Stimmen** wird der Antrag auf offene Wahlen abgelehnt. Somit gibt es geheime Wahlen.

**Christoph Morat**, Präsident, wiederholt die Vorschläge für den Ersatzsitz in die GPK. Der Vorschlag der SD-Fraktion lautet: **Samuel Champion**, der Gegenvorschlag der SP/EVP-Fraktion ist **Max Amsler**.

**Christoph Morat**, Präsident, gibt das Resultat bekannt: Ausgeteilte Stimmzettel: 37, eingegangene Stimmzettel: 37, davon ungültige Stimmzettel: 1, gültige Stimmzettel: 36. Somit liegt das absolute Mehr bei 19 Stimmen.

://:

In die GPK wird mit **25 Stimmen Max Amsler**, SD-Fraktion gewählt. **Samuel Champion**, SD-Fraktion hat **10 Stimmen** und **Bruno Steiger**, SD-Fraktion hat **1 Stimme** erhalten.

**Max Amsler**, SD-Fraktion: Ich habe in all diesen Jahren im Einwohnerrat fast alle Kommissionen vertreten. Man sollte auch daran denken, dass ich nicht mehr der Jüngste bin und die Freizeit auch noch ihren Platz haben sollte. Ich bin immer noch in fünf Kommissionen. Und alle wissen, dass wenn ich in einer Kommission bin, ich die Arbeit richtig mache. Ich wende viele Stunden für das auf, was ich später vertreten muss. Es tut mir leid, aber ich kann diese Wahl nicht annehmen.

MITTEILUNG an:

Max Amsler, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)  
Bruno Steiger, SD-Präsidium  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv., Kommissionsverzeichnis

INFOFENSTER

**Christoph Morat**, Präsident, weist auf das Informationsfenster hin und übergibt das Wort Roman Meury, Gemeinderat.

**Roman Meury**, Gemeinderat: Ich muss sie heute Abend über die Situation bezüglich des Kunstrasenspielfeldes im Brühl informieren. Einige von ihnen konnten selber feststellen oder haben gehört, dass das Kunstrasenfeld zu gewissen Problemen führte. Das Geofill - Material, dieses neue, organische Material, welches zwischen den Gräsern „eingebaut“ wurde, dieses Material hat sehr viel Wasser aufgesogen. Dies führte im März dazu, dass das Feld sehr nass war als es das letzte Mal viel geregnet hat. An einem Wochenende wurden sogar Wettspiele abgesagt, da es auf diesem Feld zu nass war und der Ball nicht mehr hüpfte. Zuerst dachte man, dass man durch die Entfernung von Granulat und durch Rächen, das Problem lösen könnte. Man dachte, das Gras würde durch das Granulat umgelegt und dies führte zu einer Dominanz des Geofill - Materials. Es kam zu keiner wesentlichen Verbesserung durch die Pflegemassnahmen. Am 28. März wurde auf dem Feld eine Besprechung durchgeführt und wir nahmen von der Situation Kenntnis. An dieser Besprechung nahmen Herr Walter Stammbach, Herr René Jenny, als Verantwortlicher der Bauleitung, Herr Kessler als Landschaftsarchitekt, Herr Vogsberger, von der Firma Josef Schneider, als Verantwortlicher für die Feldergestaltung sowie Herr Andreas Weis und ich teil. Zusätzlich war Herr Taquino, von Ital-Green Schweiz, der Firma, welche das Geofill- Material entwickelt und eingebaut hat, anwesend. Ital-Green hat das Geofill - Material zum gleichen Preis wie ein herkömmliches Granulat zur Verfügung gestellt.

Wir haben damals festgehalten, dass das Produkt Geofill ein sehr interessantes Produkt ist. Aber der Rasen muss doch so saniert werden, dass das Feld ständig gebraucht werden kann. Schliesslich ist der Zweck eines Kunststoffrasenfeldes die ständige Bespielbarkeit. Es gab verschiedene Sanierungsmöglichkeiten. Die eine wäre die sofortige Entfernung des Geofill- Materials und Einfüllung von Gummigranulat gewesen. Dies wurde gerade an Ort und Stelle verworfen. Es kam dann von der Firma Ital-Green direkt aus Italien eine Equipe, welche einige Gräser wieder aufgestellt und etwas Geofill herausgenommen hat. Jetzt, wo es natürlich trocken ist, präsentiert sich das Spielfeld in einem Topzustand. Hiermit ist aber nicht gesagt, ob dies so andauern wird. Nachdem die provisorische Sanierung vorgenommen wurde, hat man Ital-Green bis zum 30. April Zeit gegeben. Dann kann die Firma Schneider definitiv entscheiden, was gemacht werden soll. Die erste Sanierungsvariante wäre, dass man das Geofill - Material hinaus nimmt und eine kleine Schicht braunes Granulat und darüber wieder eine dünne Schicht Geofill einbringt. Damit wäre der Wasserablauf besser gewährleistet. Die zweite mögliche Variante wäre, Geofill zu entfernen und es total durch braunes Granulat zu ersetzen. Dieser Entscheid wird am 30. April fallen. Klar ist, dass der Gemeinde keine finanziellen Konsequenzen entstehen. Alle Sanierungsmassnahmen werden durch die Firma Ital-Green getätigt und finanziert.

**Christoph Morat**, Präsident erkundigt sich beim Gemeinderat, ob es noch andere Informationen gibt, was verneint wird. Ferner schlägt er vor, nun die noch bestehenden Wahlgeschäfte anzugehen. Gemäss Reglement muss der Präsident auch bei diesen

Geschäften den Rat anfragen, ob offene Wahlen durchgeführt werden. Falls es zu einer geheimen Wahl komme, ist der Vorschlag des Präsidenten, die dringliche Interpellation während des Auszählens der Wahlzettel zu behandeln, ansonsten vorher.

://:

**Grossmehrheitlich** wird die offene Wahl im Geschäft 3713 angenommen.

**Christoph Morat**, Präsident, informiert über den weiteren Verlauf der Sitzung. Die dringliche Interpellation „Deponie Le Letten“ wird vom Gemeinderat beantwortet.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Die dringliche Interpellation in Sachen „Deponie Le Letten“ umfasst sieben Fragen. Ich habe bereits einige Antworten vorbereitet und werde sie vorlesen.

1. Sind alle möglichen Standorte der Deponien bekannt und gibt es dazu glaubwürdige Verzeichnisse? Wenn ja, weshalb war dieser Standort nicht bekannt?

Antwort: Es existiert aus dem Jahre 1960 ein Gutachten, in dem die Deponien Le Letten und Galgenrain beschrieben sind. Das Areal, auf welchem im März 2007 eine Teilsanierung stattgefunden hat, ist nicht etwa ein neuer Standort, sondern ein Teil der Deponie Le Letten. Damit hat sich gezeigt, dass die Arealumrisse nicht genau bekannt sind. Der Deponieperimeter ist etwas grösser als man früher angenommen hat. Dies war aus diesem Grunde nicht früher bekannt, da keine umfassende historische Abklärung gemacht wurde. Man hätte nur die älteren Leute von Schönenbuch fragen können. Zudem wurden keine fachgerechten Luftbildauswertungen und geoelektrische Untersuchungen zur Erkennung der Deponieränder gemacht.

2. Weiss die Gemeinde was für Stoffe dort gefunden werden?

Antwort: Will man dies wissen, was für chemische Stoffe dort enthalten sind, müsste man detaillierte Untersuchungen vornehmen. Des Weiteren müsste man den Inhalt analysieren und auf verschiedene chemische Substanzen untersuchen. Im Falle dieser Sicherungsmassnahme können wir, von der Gemeinde Allschwil, ihnen nicht sagen, was für Substanzen dort angetroffen wurden, denn wir wurden nicht informiert. Zum Zweiten wurden die Resultate von Untersuchungen, welche die Chemie und die IG DRB, durchgeführt hat, der Gemeinde nicht zugänglich gemacht. Somit wissen wir nicht, was in dieser gesicherten Deponie war.

3. Besteht Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt?

Antwort: Wenn wir der IG DRB glauben dürfen, dann bestand zu keiner Zeit irgendeine Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt. Trotzdem sind wir sicher und in diesem Sinne werden wir auch von unseren Fachleuten unterstützt, dass Substanzen aus der Deponie austreten. Man konnte bei der Sicherungsmassnahme im März 2007, als Material abgeführt wurde, feststellen, dass der Boden an einer Stelle verschmutzt war. Daraus kann gefolgert werden, dass die chemischen Substanzen in den Boden eintreten. Im Falle der Sicherungsmassnahme wurde das Material entfernt und in einer Verbrennungsanlage auf französischem Territorium entsorgt, wie uns die IG DRB zusicherte. Wir gehen davon aus, dass die Deponie offenbar undicht ist und es sicher noch mehrere Stellen hat, wo sich die Substanzen ausbreiten können.

4. Wer hat die Gemeinde über den neuen Fund orientiert?

Antwort: Herr Dr. Martin Forter hat unseren Umweltbeauftragten am 8. März 2007 informiert. Dort wurde festgestellt, dass chemisches Material an die Oberfläche tritt.

5. Wer hat die sofortige Sanierung angefordert?

Antwort: Nach unserem Wissen und Kenntnisstand hat die IG DRB diese Massnahme selber ausgelöst. Sie hat diese Massnahme allerdings auch mit den französischen Behörden und der Standortgemeinde Hagental abgesprochen. Wir selber wurden erst nachträglich informiert, als bereits ein Grossteil des Materials ausgehoben war.

6. Besteht Gefahr wegen Grundwasserverschmutzung?

Antwort: Dies betrifft uns sehr. Wie sie wissen, haben wir dort ganz in der Nähe Grundwasserbrunnen, in welchen das Schönenbucher Trinkwasser, aber auch ein Teil des Allschwiler Trinkwassers gefördert wird. Wir waren der Ansicht, dass die IG DRB übereilt und unsachgemäss vorgegangen ist und die Sicherungsmassnahmen übertrieben waren. Erst durch dieses Verhalten wurde das Risiko, dass chemische Stoffe an die Umwelt gelangen könnten, ausgelöst. Dies hat den Gemeinderat dazu bewogen, kein Trinkwasser mehr aus Schönenbuch zu beziehen. D.h. wir in Allschwil beziehen nun das Trinkwasser zu 100% von der IWB über das Hardwasser. Dies wird bis Ende Mai noch so beibehalten. Im Moment ist das Trinkwasser aber sauber, das haben die kantonalen Behörden unterstrichen. Aber wir halten an unserer Massnahme fest, da wir uns immer noch Sorgen machen, dass das Wasser verschmutzt werden könnte.

7. Was gedenkt der Gemeinderat weiterhin in dieser Angelegenheit zu unternehmen?

Antwort: Wir werden versuchen, dass wir die Resultate der IG DRB zu Gesicht bekommen. Wir werden uns nicht mit Sätzen wie: „Alles ist kein Problem. Es bestand nie ein Grund für die Besorgnis der Bevölkerung.“ abfinden. Wir wollen Fakten sehen. Ferner wollen wir, dass die IG DRB zusätzliche Untersuchungen vornimmt, damit wir die Umweltgefährdung für unser Wasser abschätzen können. Drittens wollen wir, dass das zuständige Amt für Umweltschutz und Energie BL den entsprechenden Druck auf die IG DRB ausübt, da sich die Verschmutzung auf französischem Boden auch auf schweizerisches Gewässer auswirkt. Wir haben deshalb Fachleute herbeigezogen, welche die diffizilen chemischen Berichte sehr gut interpretieren und erläutern. Dies erlaubt es uns, die nötigen Schlüsse zu ziehen. Ich hoffe, diese Antworten genügen ihnen. Ansonsten können wir noch detaillierter Auskunft geben.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Ich danke Robert Vogt, Gemeinderat und Andreas Linder, HAL Tiefbau - Umwelt, für die Antworten. Ich bin aber doch nicht vollständig mit den Aussagen zufrieden und möchte gerne die Diskussion beantragen.

://:

**Mit 29:0 Stimmen** wird der Diskussion stattgegeben.

DISKUSSION

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Ich war sehr erstaunt, dass eine solche Interpellation kam und dann erst noch dringlich. Als Erstes wurde diese Frage breit in den Zeitungen diskutiert. Im letzten Allschwiler Blatt konnte man die ganze „History“ der Deponie in einem Leserbrief nachverfolgen. Von der CVP- Partei war der Gemeindepräsident die Galionsfigur. Er stand hin und bewies, dass er Recht hatte mit der Aussage, die er einmal auf eine Anfrage hin gemacht hatte, dass man das Wasser sofort von einem anderen Ort beziehen kann. Ich danke ihm vielmals. Es gab auch ein grosses Signal nach Liestal, die noch etwas geschlafen haben. Die Diskussion ist eröffnet und meiner Meinung nach auch schon wieder beendet. Wir kennen die Fakten. Ansonsten wird man entweder angelogen oder sie messen nur das, was sie wollen. Wir können lange den Wunsch nach genauen Daten äussern. Wir werden nur das hören, was die anderen uns sagen wollen. Spätestens wenn eine Epidemie ausbricht, werden wir effektiv wissen, was los ist. Darum finde ich es sehr gut, dass das Wasser auch weiterhin nicht aus Schönenbuch bezogen wird. Die „Schönenbüchler“ haben den Vorteil, dass sie den ganzen Brunnen einmal revidieren können. Mich erstaunte die Medienpräsenz der CVP mit der Begehung des „Le Letten“. Ihr habt wirklich gezeigt, dass ihr ziemlich links orientiert seid. Ihr

seid dort mit zwei Frauen und einem Transparent gestanden. Und wer war sonst noch dort oben? Die wichtigen Leute von eurer Partei waren im Dorf und haben ihre Arbeit hier wahrgenommen. Bitte seid etwas sachlich und betreibt nicht schon einen Wahlkampf in diese Richtung. Überlasst das Klima den Linken.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion: Es ist eine Schweinerei, was auf den Chemiemülldeponien geschieht. Wir werden angelogen, da hast du Recht. Und wir wissen ganz genau, dass sich die IG DRB Ende Jahr auflöst und bis dann sollte das Problem mit dem Chemiemüll gelöst sein. Was nicht der Fall ist bis dann, denn sie lassen den Chemiemüll im Boden. Letztes Jahr hiess es an einer Sitzung von der IG DRB und auch von der AWB, dass wir die Daten der Messungen bekommen. Wir hatten ein Postulat, welches verlangte, dass die ganzen Messdaten im AWB veröffentlicht werden. Wo sind die Daten geblieben? Mit anderen Worten: Sie haben etwas zu verstecken. Und wir sollten auf ihnen herumhauen bis sie etwas in die Wege leiten. Dieses Abtransportieren von kleinen Mengen und das Vertuschen, zeigen, dass etwas nicht stimmt. Ein Liter Dieselöl kann eine Million Liter Wasser verseuchen. In der Deponie liegen tonnenweise von solchen Sachen herum. Dass wir hier keine Angst und keine Präsenz zeigen sollen, ist nicht verständlich. Von mir aus kann jeder jeden Tag mit einem Transparent demonstrieren. Diese Personen nehmen ihre Sache wahr und kämpfen dagegen an. Ich beziehe mich auf das Hardwasser. Das ist in etwa das gleiche, wie wenn der Richter zu mir sagt: „Möchtest Du geköpft oder gehängt werden?“ Denn wir wissen sehr genau, dass das Hardwasser nachweislich auch Rückstände hat. Wir trinken schlechtes Wasser! Wir können es noch trinken. Aber wie lange noch, das weiss ich nicht.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Für uns Allschwiler ist vor allem die Frage nach den chemischen Substanzen im Wasser oder im Boden wichtig. Und selbst wenn es heisst, dass nur geringste Mengen (Mikro- oder Nanogramme) von Chemikalien im Wasser und/oder Boden enthalten sind, ist es trotzdem ein potenzielles Risiko, welches wir nicht haben wollen. Dass die IG DRB Resultate von „Screening- Untersuchungen“ vom letzten Frühjahr 2006 nicht herausgeben wollte, ist inakzeptabel. Dafür gab es sicher einen Grund. Die übereilte und unsachgemässe Entfernung des Materials in „Le Letten“, hat zusätzliche Ängste in der Bevölkerung geweckt. Was da vergraben war, wissen wir auch nicht. Dies werden sie sicher auch nicht bekannt geben. Es war eine „Nacht-und-Nebel Aktion“. Aber man könnte doch auf die Idee kommen, dass problematische Substanzen in der Deponie „Le Letten“ enthalten waren und sie davon wussten. An dieser Begehung haben wir festgehalten, dass Chemieabfälle nicht in den Boden gehören. Es war früher sicher üblich, dass man Chemie-, Haushalts-, Bau- sowie weitere Abfälle in den Boden verfrachtet hat. Damals hatte man keine Bedenken, dass dies schädlich sein könnte. Heute weiss man, dass dies fahrlässig war und darum muss man handeln. Jetzt müssen wir uns dafür einsetzen, dass unsere Generation dieses Problem löst, damit sich die nachfolgenden Generationen nicht auch noch mit diesem Problem befassen müssen. Das Spiel auf Zeit sollte vorbei sein und jetzt müsste gehandelt werden.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Josua, ich muss dir wirklich wegen dem Verharmlosen und Beschönigen von Resultaten Recht geben. Ich finde es traurig, dass es ein Forum besorgter Trinkwasserkonsumenten und -Konsumentinnen braucht in der heutigen Zeit. Ich bin seit ein paar Wochen dort aktiv dabei und habe darum auch das mit der Hardwasser-Diskussion live erlebt. Dies konnte man ja in den Medien auch nachvollziehen. Wir waren zwei Mal dort und man wollte uns nicht alle Resultate zeigen, obwohl man uns mit dem Versprechen eingeladen hat, alles offen zu legen. Ich denke: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Wir lassen uns nicht Kleinreden und Einlullen mit beschönigten Resultaten von verdreckten Böden, die ins Grundwasser einsickern können. Und ich wünsche mir, dass der Gemeinderat auch bei der Hardwasser AG, denn dort sind es noch ganz andere Tonnenzahlen als bei der Deponie „Le Letten“, aktiv bleibt.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion: Herr Studer hat die Aktion der CVP als Parteigeplänkel abgetan. Und hier möchte ich eine Lanze für die CVP brechen. Ich danke ihnen, dass sie eine Aktion gemacht und für die nötige Medienpräsenz gesorgt haben. Das dient der Sache und ich denke es ist wichtig, dass wir zusammen stehen und gemeinsam die Sache angehen. Es betrifft

die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner. Selbstverständlich hätte die Aktion noch viel mehr Medienpräsenz beim gemeinsamen Auftritt zur Folge gehabt. Ich habe eine Verständnisfrage. Robert Vogt, Gemeinderat, hat in seiner Antwort im Zusammenhang mit „Le Letten“ von einer gesicherten Deponie gesprochen. Bei mir klingen die Ohren. Nach meinem Verständnis ist es eine ungesicherte Deponie. Darum möchte ich nochmals fragen: Ist der Gemeinderat der Meinung „Le Letten“ sei eine gesicherte Deponie?

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Umwelt - Tiefbau: Ich meinte keine gesicherte Deponie, sondern dass die Deponie mit einer Sicherungsmassnahme saniert wurde. D.h. an der Oberfläche wurde Abfall frei und daraufhin hat man eine so genannte Sicherungsmassnahme durchgeführt um Schäden zu vermeiden. Aber ich meinte nicht, dass es sich um eine gesicherte Deponie handelt.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Die Begrifflichkeit ist komplex. Der Kanton spricht von einer Teilsanierung und nicht von einer blossen Sicherungsmassnahme. Auch in der Korrespondenz vom 14. März wird von einer Teilsanierung geschrieben. Grundsätzlich kann man die Meinung des Kantons teilen, denn es geht um 1000 Tonnen Material, welches ausgehoben wurde. Die IG DRB hat immer von einer Sicherungsmassnahme gesprochen. Man weiss nicht genau, was dieser Begriff alles umfasst. Tatsache ist aber, dass sich die IG DRB daraus ableitet, dass für die Durchführung einer Sicherungsmassnahme die gesetzlichen Voraussetzungen weniger streng sind als bei einer Teilsanierung. Man muss mit den Begrifflichkeiten aufpassen, diese sind „tricky“.

**Samuel Champion**, SD-Fraktion: Wann oder wie viel Mal wurden Wasserproben gemacht?

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Umwelt-Tiefbau: Die chemischen Wasserproben werden sehr selten durchgeführt, denn es braucht eine sehr umfassende Überprüfung. Die Vorletzte stammt vom November 2006 und die Letzte wurde gerade vor einigen Tagen gemacht. Bis die Resultate, die so genannten „Screening-Analysen“ ausgewertet sind, dauert es ungefähr zwei Monate. Aus diesem Grund wollten wir das Wasser nicht sofort wieder von Schönenbuch beziehen, denn wir erfahren erst zwei Monate später die Resultate.

**Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion: Ich wollte noch kurz auf die Aussage von Josua Studer eingehen. Es ist sicher nicht eine Sache von Links, Rechts, Oben, Unten oder Mitte, sondern es ist eine Frage, welche die ganze Bevölkerung beschäftigt. Wir wollten ein Zeichen setzen. Zweitens hat mich auch etwas die Aussage: „Zwei Frauen mit einem Plakat“ beleidigt. Wäre es besser gewesen, wenn zwei Männer hin gestanden wären? Betreffend wichtige Leute: Ich finde Mathilde Oppliger und mich sehr wichtig. Und wir waren dort.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion: Ich habe Mühe. Es erscheint mir, dass wir in Allschwil ausgelacht werden. Man sah es mit der Resolution. Die Chemie befand es nicht einmal für nötig rechte Antworten zu geben. Zudem habe ich Mühe mit Liestal. Dies beweist wieder, Allschwil ist weit weg. In der eigenen Scholle hört das Baselbiet auf. Allschwil gehört schon zum Elsass, insbesondere da die Gemeinden Allschwil, Schönenbuch und das Elsass miteinander das Trinkwasser teilen. Meine Frage ist: Hat der Gemeinderat die Möglichkeit, im Bezug auf das Trinkwasserproblem den Bund direkt anzuschreiben?

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Es ist so, dass wir diesen Schritt noch nicht unternommen haben. Die Bundesbehörden haben wir noch nicht eingeschaltet. Aber sie können mir glauben, dass wir durch unsere Aktion, dass Trinkwasser abzustellen, extreme Hebel in Bewegung gesetzt haben. Wir werden fast täglich sowohl vom Kanton als auch von der IG DRB informiert. Eine aktuelle Meldung bekamen wir gerade heute. Die Sicherungsmassnahmen seien nun abgeschlossen. Das Erdreich sei wieder eingefüllt und zugedeckt worden. Die Behörden haben es abgenommen. Dies wurde auch uns wieder brandfrisch mitgeteilt, aber ohne Zahlen und Fakten. Der Bauer kann jetzt dort wieder anpflanzen. Bravo!

**Peter von Arx**, SVP-Fraktion: Im Moment werden diese Trinkwasserproben ein bis zwei Mal pro Jahr durchgeführt. Kann man dies nicht kontinuierlich machen? Robert Vogt, Gemeinderat, sagte, dass die Probe vor ein paar Wochen gemacht wurde. Wir sind im Moment in einer Trockenperiode. Wenn man versucht, die Schadstoffe in irgendeinem kleinen Bach nachzuweisen, kommen diese nicht vor. Macht man dies aber nach einer fünf bis sechs Wochen andauernden Regenphase, dann wissen wir effektiv, was aus dem Boden kommt. Ich schlage vor, die Trinkwasserproben jede Woche oder jede zweite Woche durchzuführen. Somit hätte man eine Kontinuität und wüsste effektiv, was im Boden enthalten ist.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Ich bitte sie um Verständnis, da dies sehr komplizierte und sehr teure Messungen sind. Denn in diesen Screening-Analysen werden nur ganz wenige Tröpfchen in viel Wasser gesucht. Deshalb kann man es nur sehr selten machen. Und genau deswegen hat sich der Gemeinderat entschlossen, kein Trinkwasser von Schönenbuch zu fördern. Es ist verständlich, dass das Wasser, welches für nur 4000 Menschen gefördert wird, anteilmässig viel mehr die Wasserrechnung belasten würde, wenn wir die Untersuchungen selber bezahlen müssten. Das Wasser der IWB, welches 200'000 Menschen erreicht, belastet die Wasserrechnung viel weniger. Die IWB können die Qualität besser gewährleisten, als wir das in Schönenbuch können. Aus diesem Grund behalten wir das Abstellen des Wassers aus Schönenbuch bis mind. Ende Mai 07 bei.

DISKUSSION IST BEENDET

261 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**8. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend Wahl eines Mitglieds der Verkehrs- und Planungskommission (VPK) anstelle des zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.2008) (Geschäft 3713)**

---

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass für die Wahl in die VPK der Vorschlag der SD-Fraktion mit **Samuel Champion**, SD besteht. Die SP/EVP-Fraktion schlägt **Max Amsler**, SD als Mitglied in die VPK vor.

://:

Mit **26:8 Stimmen** bei einem absoluten Mehr von 18 Stimmen wird **Max Amsler**, SD-Fraktion, in die VPK gewählt.

**Max Amsler**, SD-Fraktion: Ich habe vorher erläutert, dass ich mehrere Kommissionen während meiner Zeit im Einwohnerrat durchlaufen habe. Ich bin jetzt noch in fünf Kommissionen und wenn man in einer Kommission ist, dann nimmt man das ernst und es gibt Arbeit. Ich bin nicht bereit weitere Sachen anzunehmen, denn ich möchte auch einmal wieder Freizeit. Und zwar Freizeit, die ich selbst bestimmen kann.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Wir wissen jetzt seit der Pause, dass ein Bundesrat mehr Rechte hat, als ein Einwohnerrat in Allschwil. Es wurde jemand von der SP gewählt und durfte das Amt nicht annehmen, da dies seine Partei nicht wollte. Er musste und durfte verzichten. Hier darf man nicht verzichten, nur demissionieren. Wir haben das nirgends so im Reglement gefunden. Nur weil es nicht geschrieben ist, ist es so?

**Christoph Morat**, Präsident, antwortet: Das ist leider so. Im Geschäftsreglement ist es nicht vorgesehen, dass ein Einwohnerrat die Wahl ablehnen kann. Man geht davon aus, dass wenn man unterschrieben und zur Wahl im Einwohnerrat zugesagt hat, dass man sich auch mit den zusätzlichen Aufgaben im Einwohnerrat einverstanden erklärt. Wenn jemand damit nicht einverstanden ist, besteht die Möglichkeit, eine Geschäftsreglementsänderung zu verlangen. Dies ist jedoch ein etwas längerer Prozess, das können wir heute Abend nicht mehr diskutieren.



Wir haben unsere Abklärungen im Büro mit Daniel Schwörer, Stabstelle Gemeinden, getroffen. Und wir sind uns ziemlich sicher, dass man eine Wahl nicht ablehnen kann. Ich wiederhole nochmals: Es steht Max Amsler und Bruno Steiger frei, heute Abend schriftlich aus diesen Kommissionen zu demissionieren. Dann führen wir dieses Spielchen im Mai einfach nochmals durch.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion: Ich werde heute Abend nicht demissionieren. Ich habe die Wahl nicht angenommen. Ihr könnt nicht jemand wählen, der nicht will. Wir schlagen nach wie vor Samuel Champion, SD-Fraktion vor. Ihr könnt ihn in zwei Monaten nochmals wählen, vielleicht seid ihr in der Zwischenzeit klüger.

MITTEILUNG an:

Max Amsler, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)  
Bruno Steiger, SD-Präsidium  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv., Kommissionsverzeichnis

262      01.032.005      Umweltkommission

**9. Bericht des Gemeinderates vom 07.03.2007 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Umweltkommission für den zurückgetretenen Mario Bernasconi, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (30.06.08) (Geschäft 3714)**

---

**Christoph Morat**, Präsident, stellt fest, dass für die Ersatzwahl in die Umweltkommission der Vorschlag der SD-Fraktion mit **Samuel Champion**, SD besteht. Die SP/EVP-Fraktion schlägt **Bruno Steiger**, SD als Ersatzmitglied in die Umweltkommission vor. Er fragt den Rat um offene Wahlen an.

://:

**Grossmehrheitlich** wird den offenen Wahlen im Geschäft 3714 stattgegeben.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion: Samuel Champion kommt als Ersatzmitglied in die Kommission. Wenn wir wieder einmal ein Umweltproblem in Allschwil haben und den Auftrag bekommen, eine Sitzung abzuhalten, dann soll Samuel Champion von meiner Sicht aus auch kommen. Er soll Zuhören und seine Meinung sagen. Damit habe ich persönlich keine Probleme.

://:

Mit **25:10 Stimmen** wird **Bruno Steiger**, SD-Fraktion bei einem absoluten Mehr von 18 Stimmen als Ersatzmitglied in die Umweltkommission gewählt.

MITTEILUNG an:

Bruno Steiger, SD-Fraktion (als Wahlanzeige)  
Bruno Steiger, SD-Präsidium  
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv., Kommissionsverzeichnis

263      01.030  
12.400      Einwohnerrat  
Wasserversorgung; Planung und Bau

**10. Postulat vom 17.01.2007 der FDP-Fraktion betreffend „Trinkwasserversorgung“, (Geschäft 3707)**

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Meines Wissens ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Aus Effizienzgründen würde ich vorschlagen, gerade abzustimmen respektive das Postulat zu überweisen.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Wie bereits Hanspeter Frey erwähnt hat, ist der Gemeinderat gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**Christoph Morat**, Präsident, fährt fort: Wenn kein Gegenantrag besteht, kommen wir zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Mit **20:3 Stimmen** wird das Postulat an den Gemeinderat **überwiesen**.

264      01.030      Einwohnerrat  
          12.620      Bus

**11. Postulat vom 14.02.2007 von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Haltestelle/Endaufenthalt Buslinie 61 „Dorfplatz“, (Geschäft 3710)**

---

**Christoph Morat**, Präsident, übergibt das Wort dem Postulant **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Hier weiss ich nicht, was der Gemeinderat macht, sonst könnte man auch effektiver sein. Doch ich habe langsam den Eindruck, dass man gar nicht will. Ich möchte es euch trotzdem noch einmal schmackhaft machen, einen Bericht mit der Endaufenthaltsstation für die Buslinie 61 am Dorfplatz zur Prüfung auszuarbeiten. Möglichkeiten gibt es. Es ist unsinnig, dass der Bus leer an die Schönenbuchstrasse/Klara-Strasse fährt und dort seine 4-5 Minuten verbringen muss. Hier gebe ich Josua Studer, SVP-Fraktion, Recht. Es besteht dort keine Infrastruktur und ist nicht optimal. Es ist mir klar, dass am Dorfplatz bereits drei Busse sind, aber man könnte sich auch darüber streiten, wieso drei ÖV- Linien von Allschwil bis an die Schiffflände fahren müssen. Wir können jetzt keine Verkehrsdebatte über den ÖV anfangen. Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, wenn man eine Haltestelle auf der Allmendparzelle, welche dem Kanton Basellandschaft gehört, also keine private Parzelle ist, überprüfen würde. Ich weiss, dass dort ein Restaurant mit einer Gartenwirtschaft ist. Aber man könnte vielleicht damit werben: Direkt mit dem ÖV in die Wirtschaft, direkt aus der Wirtschaft in den ÖV. Dies wäre vielleicht auch noch etwas, was man bringen könnte und dann hätte man vielleicht auch mehr Erfolg. Ich möchte euch beliebt machen, das Postulat zu überweisen, denn es hat Hand und Fuss. Und wenn es geprüft ist, dann werdet ihr hier drin auch alle einsehen, dass es vermutlich die klügere Lösung ist, als eine Lösung die halbpatzig ist und mit Widerwillen vollzogen wird. Und bei der man sich immer wieder fragt: Will Allschwil eigentlich eine Tangential-ÖV-Verbindung ins Leimental oder nicht? Ich glaube bald, man will es gar nicht. Man will einfach über die Stadt verkehren. Dies wäre falsch für alle Nutzer des ÖVs, welche ins Leimental fahren. Darum bitte überweist das Postulat. Ich habe bereits eine kleine Vorarbeit geleistet und ein Situationsplan hinzugefügt. Die Umsetzung ist kostenmässig nicht eine unmögliche, gewaltige Sache. Aber es würde die Attraktivität für das öffentliche Verkehrsmittel steigern und macht auch ökologisch Sinn.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt: Der Gemeinderat ist anderer Auffassung. Die Bushaltestelle an dieser Stelle ist sehr heikel. Wir haben dies eingehend diskutiert und der Gemeinderat kam zur eindeutigen Erkenntnis, dass wir den Bus nicht an diesem Standort wollen. Wir lassen den Bus lieber den Umweg über die Klara-Strasse machen, als dass die Haltestelle an diesem Ort eingerichtet wird. Beim Fahrplanwechsel war die Bushaltestelle zuerst vor dem Café Gürtler. Es gab damals die erwähnten grossen Probleme, über die ich schon intensiv berichtet habe. Es wäre aus Sicht des Gemeinderates sehr

unverständlich, wenn man die Haltestelle vom Café Gürtler vor das Jägerstüblein platzieren würde. Aus diesem Grund hoffe ich sehr, dass sie dem Postulat nicht Folge leisten werden.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Die Busse sind ein leidiges Thema. Wenn die Frage aufgegriffen wird, weshalb drei Linien an die Schiffflände fahren, wäre die Antwort: Der grosse Vorteil der BVB-Linien ist, dass sie keine Stationen haben, somit hat man die Möglichkeit auszuwählen, welches die schnellste Linie an die Schiffflände ist. Nein, die Linien fahren an verschiedenen Orten mit dem Effekt hindurch, die Quartiere zu beliefern oder für den Abtransport zu sorgen.

Wir müssen hier keine Verkehrsdiskussion machen. Wir haben lange über unseren Vorschlag diskutiert. Dort hiess es ganz klar: Es ist ein Versuchsbetrieb, es gibt keine baulichen Massnahmen. Es geht nicht, nochmals etwas zu ändern. Dies sei nicht der Wunsch des Gemeinderates. Ich habe in der Parteikolumne des Allschwiler Blatts vom 23.02.07 einen Artikel geschrieben, aber anscheinend hat es die FDP, auf jeden Fall Hanspeter Frey, nicht gelesen. Ich sagte ihm, er soll das Postulat zurückziehen. Die Gemeinde kann, je nach dem was geschieht, nicht selber bestimmen, wenn der Kanton zuständig ist. Interessanterweise kann man aber in der gleichen Sitzung über einen Fussgängerstreifen an einer Kantonsstrasse diskutieren und diesen bewilligen. Anscheinend hat die Gemeinde bei einer Kantonsstrasse mehr zu sagen als wenn es um einen Endaufenthalt einer Buslinie geht. Herr Vogt, ich hoffe, das ihrem Wunsch nachgelebt wird. Ansonsten haben wir allen Grund zu sagen: Der SVP sagt man nein, der FDP hingegen ja und dann sind wir wieder beim Parteiengeklänkel.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Ich möchte dies nicht auf eine parteipolitische Ebene bringen wie Josua Studer. Da ich nicht für die Wiederwahl 2008 kämpfen muss, möchte ich sachlich bleiben. Ich nehme Bezug auf die Station, welche für die Buslinie 33 eingerichtet wurde und ich möchte anfügen: Die Buslinie 33 ist ein Versuchsbetrieb und nicht die Buslinie 61. Man hat einfach vor einem Privathaus mit 1.50 Meter Abstand von der Fassade eine Station eingerichtet ohne dass man die Leute mehr oder weniger freundlich begrüsst. Nachdem ich bei den Gesprächen des Gemeinderates hörte, man solle es im Landrat probieren, hatte ich dort schon den Eindruck, dass bewusst darauf hingesteuert wurde, die Station vor das Café Gürtler zu stellen. Damit bestand die Möglichkeit der Verkehrsbehinderung, so dass die Leute über die Strasse rennen mussten um den Bus zu wechseln. Heute habe ich wieder den Eindruck, dass es bei der gleichen Situation bleibt. Man möchte es einfach nicht nochmals angehen und überprüfen. Josua Studer möchte es scheinbar als Experte in dieser Sache auch nicht wahrnehmen. Er bemängelt aber gleichzeitig, dass seine Berufskollegen keine Infrastruktur an der Schönenbuchstrasse haben. Dies geht bei mir nicht auf, aber ich wünsche ihm eine gute Wahl im Jahr 2008.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich möchte als Allschwiler etwas sagen und die ganze Parteipolitik zur Seite legen. Wir haben jetzt meistens zwei Trams im Dorfkern und zusätzlich noch drei Busse. Der Metzger beschwert sich schon lange über die Busstation, die er vor dem Geschäft hat. Er wurde auch schon mit Anwälten auf der Gemeinde vorstellig. Jetzt wollen wir nochmals einen Bus vor das Jägerstübli setzen und zwar vor eine Gartenwirtschaft, welche erst noch gut frequentiert ist. Vor einer der besten Riegelhäuser-Fassaden, die man im Dorfkern noch photographieren kann. Da das Tramhäuslein auf der linken Seite im Weg steht, werden die meisten Fotos von der rechten Seite gemacht, wenn man gegen das Dorf schaut. Und dort wollen wir nun eine Front mit Bussen aufbauen. Ich bin überzeugt, wenn das heute so beschlossen wird, dann werden wir noch mehr Probleme haben als dass wir es mit dem Café Gürtler hatten. Und der Gemeinderat darf das ausbaden. Ich bitte sie, uns das zu ersparen. Das Zweite ist noch: Es wird immer wieder vom Schnellschuss vor dem Café Gürtler gesprochen. Dies war ein Schnellschuss, das kann jeder zugeben und ich habe keine Sekunde ein schlechtes Gewissen. Nur geschah der Schnellschuss im Landrat und nicht bei uns. Es ist mir wichtig, dies festzuhalten. Zum anderen geht es darum: Warum hat man die Station vor dem Café Gürtler eingerichtet? Man konnte nur dort eine Station einrichten, bei der es keine Einsprachemöglichkeiten im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens gab. Ansonsten hätte man es gar nicht geschafft auf den Fahrplanwechsel eine Busstation einzurichten. Wenn überhaupt an eine solche Lösung gedacht wird, muss man aber sehen, dass es vor dem

Jägerstüblein bauliche Massnahmen und Einsprachemöglichkeiten gibt. Wie dort das Ergebnis sein wird, weiss ich auch nicht, dies ist formal. Es wäre jedoch schade für unser Dorfbild, wenn wir auf der rechten Seite nur noch eine Busfront und auf der linken Seite eine Tramfront hätten.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion: Wir hatten diese Diskussion schon einige Male. Wir hatten sie im Februar ziemlich ausführlich nach der Eingabe von Josua Studer. Wir können dies alles im Protokoll auf S. 529/530 nachlesen. Ich finde es überflüssig und es wurde schon alles gesagt. Ich lade Hanspeter Frey ein, das Postulat zurück zu ziehen. Dann können wir dem Gemeinderat etwas Arbeit ersparen. Denn es gibt keine neuen Fakten, es gibt nur noch Einsprachemöglichkeiten.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Es ist mir neu, wenn Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, sagt, dass man Einsprachen machen kann, wenn das Trottoir gesenkt oder ein Randstein auf Allmend verschoben wird. Man muss beim Tiefbauamt sicher kein Baubewilligungsgesuch eingeben. Aber ich werde das Postulat nicht zurückziehen. Ich gehe lieber heute noch einmal mit fliegenden Fahnen unter und habe für etwas gekämpft.

://:

Das Postulat wird mit **21:6 Stimmen nicht überwiesen.**

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wie ihr alle wisst, hatte ich heute die letzte Einwohnerratssitzung. Ich war jetzt 19 Jahre im Einwohnerrat. Ich möchte all jenen recht herzlich Dankeschön sagen, mit denen ich die letzten Jahre hier verbringen durfte. Es war eine tolle Zeit. Ich wünsche euch viele gute und tolle Entscheide und euch persönlich wünsche ich alles Gute und gute Gesundheit. Ich hoffe, ich sehe den einen oder anderen im Dorf Allschwil wieder. Kommt alle gut nach Hause.

**Christoph Morat**, Präsident, schliesst sich dem an und beendet die Sitzung um 21.05 Uhr